

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Perter, Indusktriehalla
Mikbach-Zürich

Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Preise
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostverkehrs (Kreuzband).

Inserate
Die verlegte Stellen
25 Cts. — 50 Pfg.

N. 4.

Sonntag, 26. Oktober.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Zu der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Sendungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Verste von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverlehr notwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel preisgegeben werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptvorbedingung ist hierzu einzurichten, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unzweifelhaftes Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich besonders die Sicherheit Kommandierung. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Rechenschaftsbericht Der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

(Schluß.)

Was nun unsere Haltung im Reichstage anbelangt, so steht dieselbe im Einklang mit der politischen Gesamthaltung der Partei. Als das Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie Deutschlands geschmiedet wurde, trat die Frage an uns heran: wie haben wir uns im Interesse der Partei zu verhalten?

Die Frage, das dürfen wir wohl sagen, wurde auf's Reichste berathen, das für und Wider, Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten sorgfältig abgewogen.

Kein Zweifel, man wollte unsere Partei vernichten. Hätten wir an die Möglichkeit der Vernichtung durch das Ausnahmegesetz geglaubt, hätten wir nur geglaubt, daß es die Partei wesentlich schädigen, sie zurückwerfen, die Arbeit eines halben Menschenalters zerstören würde, dann wäre freilich die Partei zu einer anderen Taktik genöthigt worden, als der, welche von ihr adoptirt worden ist.

Wer aber mit uns der Ueberzeugung ist, daß eine Partei, wie die sozialdemokratische, nicht vernichtet werden, und durch die heftigsten Unterdrückungsversuche nur gestärkt werden kann; daß es für uns vor Allem darauf ankommt, die öffentliche Meinung zu gewinnen und das Stigma des Meuchelmordes und der koch- und himmlischen Umstürzerei von uns zu entfernen; daß jede Gewaltthätigkeit unsererseits Wasser auf die Mühle unserer Feinde wäre, und die Aufmerksamkeit der Massen von den bitteren Früchten des herrschenden ökonomischen und politischen Systems abzulenken würde; daß die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurtheilt, und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziel hat, nicht den Bürgerkrieg erstreben kann; kurz, daß eine normale Entwicklung der Dinge im Interesse unserer Partei liegt — wer mit uns dieser Ueberzeugung ist, der muß auch die Taktik billigen, welche die Partei seit Jahresfrist unter den schwierigsten Verhältnissen, unter den schwersten Opfern mit guter Mannszucht und mit Standhaftigkeit befolgt.

Es galt die Massen von dem Attentatsfieber zu kuriren; und dazu bedurfte es der Ruhe. Hödel und Nobiling sind das politische Gründungskapital für die neueste Wera der Reaktion in Deutschland, — das erkennen jetzt selbst die bornirtesten Liberalen an, die noch vor Jahresfrist Hödel und Nobiling an die Rockschöpfe der Sozialdemokratie hängen hatten. Aber von Hödel und Nobiling kann die Reaktion doch nicht ewig zehren und leben, und sicherlich war es dem Fürsten Bismarck sehr ernst, als er in seiner Rede zu Gunsten des „Ungeburtsgegesetzes“ es so lebhaft bedauerte, daß die Attentate dem Publikum nicht mehr als Schreckgebilde erschienen.

Alles, was den Eindruck der Attentate wieder auffrischte, gab der Reaktion neue Nahrung, Alles, was diesen Eindruck abschwächte, mußte unsere Sache fördern.

Die Taktik, welche uns durch die Verhältnisse vorgeschrieben war, läßt sich also in den Sätzen zusammenfassen:

Der Reaktion keine Möglichkeit bieten, die Sozialdemokratie als rothes Geipenst zu verwenden.

Das durch infame Verleumdungen auf uns geworfene Odium abzustreifen; und so zu handeln, daß das Odium für die herrschende Mißwirtschaft und die herrschenden Mißstände auf diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Gewährenlassen auch wirklich verdient haben.

Dieser Taktik gemäß haben wir, hat die Partei gehandelt; und die Probe der Praxis ist gut, über alle Erwartung gut ausgefallen; die Reichstagswahlen in Breslau und Erfurt, die großartige Betheiligung des Volkes an den Begräbnissen unserer unvergesslichen Genossen Reinders und Heib und in letzter Zeit noch die sächsischen Landtagswahlen, haben für Jedem, der nicht absichtlich gegen die handgreiflichen Thatfachen seine Augen schließt, zur Evidenz festgestellt, daß die Parteigenossen fest zusammenhalten, daß sie „auf den Schanzen“ sind, und daß wir nicht nur keinen Rückgang, sondern im Gegentheil Fortschritte zu verzeichnen haben. Namentlich hat sich dies bei den sächsischen Landtagswahlen gezeigt, deren günstiger Verlauf nur daraus zu erklären ist, daß Bevölkerungsschichten, die noch bei der vorigen Reichstagswahl feindlich gesimmt waren, uns seitdem günstig gesimmt worden sind.

Da gerade von Landtagswahlen die Rede ist, sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, hier erwähnt, daß in anderen Bundesstaaten, insbesondere in Preußen, das Landtagswahlgesetz einen weit reaktionäreren Charakter trägt, als bis jetzt in Sachsen, und eine Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen dort eine sinnlose Kraftvergeudung ohne jegliche Aussicht auf Erfolg wäre.

Doch zurück zur Frage der Taktik.

Gesetzt der Fall, wir hätten uns für diejenige Taktik entschieden, zu der von gewisser Seite gerathen, von gewisser entgegengesetzter Seite herausgefordert worden ist: wir schlugen los, bauten Barrikaden in Berlin, proklamirten die Republik in Sachsen, pflanzten in Hamburg, Breslau — kurz überall, wo wir in genügender Stärke vertreten sind, das Banner der Revolution auf — mit einem Wort, wir führten den Plan aus, welchen Reptilschreiber in auswärtigen — amerikanischen — Blättern uns unterschoben — was wäre geschehen? Wir hätten uns möglicherweise, d. i. wenn die Regierungen sich hier und da hätten überraschen lassen, an einigen Punkten ein paar Wochen lang gehalten, und dann war der letzte Insurgent im Gefängnis, auf der Flucht oder erschossen, unsere Anhänger waren auf Jahrzehnte niedergeschmettert, unsere Feinde im Besitz einer unumschränkten Macht, und die unentschiedene Masse, welche uns weder Freund noch Feind ist, bei ruhiger, d. h. durch uns nicht gewaltsam gestörter, Entwicklung sich aber zu uns schlagen und uns den Sieg bringen wird, schlug sich auf die Seite unserer Feinde und half uns erdrücken. Die Reaktion feierte ihre blutigen Orgien; die Wirkung der Attentate war potenziert erreicht, die öffentliche Meinung wandte sich mit elementarer Wucht gegen uns, und zur schwereren materiellen Niederlage kam für uns eine schwerere moralische Niederlage! Es gab keine sozialdemokratische Partei mehr in Deutschland und erst späteren Zeiten blieb es vorbehalten, unsere Fehler wieder gut zu machen, und mühsam, an die Vergangenheit anknüpfend, eine neue sozialdemokratische Partei aufzubauen.

Wer da weiß, wie unmittelbar nach den Attentaten des vorigen Jahres und nachdem die allgemeine Haß gegen uns in Scene getreten war, in gewissen Kreisen der Ausbruch einer Revolte jeden Augenblick erwartet wurde, wie in den Kasernen alles zum Ueberfließen bereit war, die Offiziere die Soldaten haranguirten und man allgemein unsere Partei als das Bild bezeichnen, dem es gelte; wer da ferner weiß, wie verblüfft man war, als die erhoffte und ersuchte Revolte ausblieb, der wird das Verhalten der Partei, welche die Situation vollständig erkennend, einen Moment sich passiv verhielt, um den Sturm über sich hinweglaufen zu lassen, als durch die Umstände geboten zu würdigen wissen.

Und die Folgen jenes Verhaltens?

Die sozialdemokratische Armee ist intakt; sie hat, ohne Verlust, ihre alten Positionen mit neuen besseren vertauscht — die Reihen sind vollzählig und jeder Tag bringt frischen Zuzug aus den Reihen anderer Parteien.

Während alle anderen Parteien, konservative wie liberale — denn auch die sogenannte konservative Partei ist, seit sie, gezwungen durch die ökonomische Entwicklung, die namentlich auch den Ackerbau ergriffen hat, sich auf den Boden des Cäsarismus begab, keine konservative Partei mehr und in vollster Zerfetzung; auf diesen wie auf anderen Gebieten hat Fürst Bismarck, ein Werkzeug geschichtlicher Entwicklung, sich als vollendetes Revolutionär wider Willen bewährt — während alle anderen Parteien, voran die Liberalen, sich sichtlich im Zustande der Auflösung befinden; während das wracke Schifflein des Nationalliberalismus von den Sturzwellen der Reaktion in Stücke zerbrockelt wird; während jeder Versuch, aus den alten Parteien heraus „eine große demokratische Partei“ zu bilden, welche das Volk gegen die Reaktion organisiren soll, auf's Kläglichste scheitert: steht die Sozialdemokratie, gegen die jede Partei die Hand erhoben, steht die vogelfreie Sozialdemokratie fest, wie ein Fels in brandender See, der einzige feste Punkt in dem allgemeinen Wirrwarr, die einzige Partei, die ein festes Programm, eine feste Taktik, ein bestimmtes Ziel hat!

Und nicht bloß behauptet haben wir, was wir hatten, wir haben auch Neues erobert. Wir wiesen schon auf die jüngsten Wahlen hin, die hierfür bereitetes Zeugnis ablegen. Das ist aber nicht Alles. Der Umschwung bekundet sich noch in vielen andern Symptomen. Vom „Sozialistenfieber“ des Attentatsommers kaum eine Spur mehr. Das Bürgertum hat in seiner Mehrheit erkannt, daß das „Rothe Geipenst“ nur ein Irthum war, vermittelst dessen es in den Morast der Reaktion gelockt wurde. Kein Zurechnungsfähiger denkt mehr daran, die Sozialdemokratie der Mitschuld an Nobiling's Wahnsinnthat anzuklagen: sogar ein Blatt, wie die „Königliche Zeitung“ muß zugestehen, daß jene Anklage eine freche Verleumdung war. Nur die rothe Reaktion wagt es noch, Nobiling politisch zu verwerthen, jedoch nicht mehr gegen die Sozialdemokratie, nein — und das zeigt so recht ekkant die veränderte Stimmung und Lage — gegen den Liberalismus! Der Liberalismus, der in seiner bleichen Furcht vor der Sozialdemokratie sich voriges Jahr zum Handlanger der Reaktion hergab und Nobiling an die Rockschöpfe der Sozialdemokratie zu hängen bemüht war, muß ihn jetzt an seinen eigenen Rockschöpfen herumtragen. Klassischer und lehrreicher konnte die Remise der Geschichte sich nicht vollziehen. Und wenn einzelne Organe, die sich liberal nennen, durch infame Denunziationen gegen die Sozialdemokratie sich die Gnade der siegreichen Reaktion

zu erbetteln suchen, so vergrößern sie dadurch nur das Sündenregister auf der Schandensäule, welche als Leichenstein das Grab des deutschen Liberalismus schmücken wird.

Der Liberalismus ist im Sterben und die Sozialdemokratie wird seine lachende Erbin sein. Und nicht bloß seine. Die Zentrumsparthei hat durch den „Pakt“ mit Fürst Bismarck einen Keil in ihre mächtige Organisation getrieben. Oppositionspartei par excellence, verliert sie ihre Existenzbedingungen, sobald sie aufhört, in der Opposition zu sein. Das Gros der Partei ist oppositionell, stark mit demokratischen und sozialistischen Elementen versehen. Der Zerfall dieser Partei, die soeben, indem sie Herrn von Bismarck den „Pakt“ aufnöthigte, ihn unter das caribinische Joch des Partikularismus trieb, einen großen taktischen Triumph errang, wird — zumal die Führung eine vorzügliche, die Organisation eine musterhafte — nicht über Nacht erfolgen; aber so gewiß die nationalliberale Partei in dem Kulturkampf zu Grunde gegangen ist, so gewiß wird das Zentrum an dem „Pakte“ mit Bismarck zu Grunde gehen; und die demokratischen und sozialistischen Elemente, welche es umfaßt, werden sich dahin wenden, wohin sie gehören: zur Sozialdemokratie.

Der Umschwung der öffentlichen Meinung zu unsern Gunsten ist unstrittig der wichtigste Erfolg, den wir unserer Taktik verdanken. Unter öffentlicher Meinung verstehen wir hier nicht die Meinung beschränkter Kreise, die für maßgebend gelten. Wir verstehen darunter das Denken und Fühlen der Volksmassen im weitesten Sinne des Wortes — der ungeheuren Majorität des Volkes. Dieses Denken und Fühlen, welches ja künstlich — wie nach den Attentaten — in bestimmte Bahnen gelenkt werden kann, ist auf politischem Gebiet ein unentbehrlicher Faktor für jede politische Thätigkeit. Wer diesen Faktor gegen sich hat, ist von vornherein gelähmt, aktionsunfähig. Das sahen wir in den Attentatswochen des vorigen Jahres. Damals hatte die Partei die Feuerprobe zu bestehen. Wenn sie je hätte in Gefahr sein können, wäre sie es damals gewesen. Die schlimmsten Verfolgungen der Behörden sind nichts, verglichen mit jenem Wirbelsturm des Hasses und Schreckens aus dem Volke heraus. Es war eine Existenzfrage für uns, daß dieser Schrecken beschwichtigt und dieser Haß in Sympathie verwandelt wurde. Gelang es, so hatten wir gewonnen.

Das war das Hauptmotiv, welches unsere Partei zu ihrer gegenwärtigen Taktik bestimmte.

Wir sind, was wir waren, wir werden sein, was wir sind. Damit selbstverständlich nicht gesagt sein soll, daß wir nicht lernen, uns nicht fortentwickeln wollen. Die Agitation in der früheren Form ist uns unmöglich gemacht — gut: wir lassen die Verhältnisse und unsere Feinde für uns agitiren und beuten die Früchte jener, die Handlungen dieser nach Möglichkeit aus! Die deutsche Industrie liegt darnieder, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzoll; und durch den Schutzoll, der den Sporn der Konkurrenz abstumpft und das Ausland zu Repressalien, d. h. zur Verschließung seiner Märkte zwingt, wird sie noch mehr zurückgebracht werden. Das Handwerk verliert mehr und mehr den Boden unter den Füßen, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzoll und verführter utopischer Rückkehr zu mittelalterlichem Kunstwesen. Die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit kann von der neuen Wirtschaftspolitik, die bloß einer winzigen, aber mächtigen Minorität zu Gute kommt, nur Nachteile haben. Für den Moment haben sich dieselben noch nicht mit genügender Deutlichkeit fühlbar gemacht, aber die Zeit wird nicht ausbleiben. Die Erhöhung der Kornpreise durch den Getreidezoll wird zehnfach ausgewogen durch die Vertheuerung der Produktion und aller Lebensmittel bei entsprechender Entwerthung des Geldes; und so wird die Landbevölkerung, welche heute noch zum großen Theil für die Bismarck'schen „Reformen“ schwärmt, schon bald durch Schaden klug werden und zu der Erkenntnis gelangen, daß für jede Mark, die ihr öffentlich in Gestalt des Getreidezolls in die eine Tasche gesteckt wird, ihr verstoßen durch Steigerung des Preises aller Lebensmittel das Fünf- und Zehnfache aus der anderen Tasche genommen wird. Die allgemeine Lebenslage verschlechtert sich, und die Ansprüche an das Leben, gefördert durch das Beispiel von Oben, steigern sich; dieser Widerspruch muß den Sturz des herrschenden Systems wesentlich beschleunigen.

Fürst Bismarck befindet sich in ähnlicher Lage, wie einst sein Lehrer Bonaparte; er hat sich auf das für einen Staatsmann gefährlichste Terrain begeben: um das Volk, dem er zur Fortführung seiner Politik beständig schwere Lasten aufbürden muß, in gute Laune zu versetzen, hat er ihm Wechsel auf materielle Prosperität ausgestellt. Den Wechsel einzulösen, vermag er nicht; denn die Aufgabe, welche er sich gestellt hat, ist unlösbarer, als die Quadratur des Kreises: das Volk zu bereichern und ihm einen neuen Abersaß nach dem andern zu applizieren. Daß diese fortwährenden und immer stärkeren Abersäße den Volkskörper schwächen und ihn schließlich zu Grunde richten müssen, wird aber mit der Zeit auch dem Vernagelsten klar. In Selbstsachen wie in allen Interessenfragen hört die Gemüthlichkeit auf. Der eifrigste Verehrer der Blut- und Eisenpolitik und ihrer

„wunderbaren Erfolge“ wendet sich gegen sein Ideal in dem Moment, wo er entdeckt, daß es ihn am Beutel schädigt. Von allen Vorbeeren der „heiligen“ und nichtheiligen Kriege kann Niemand sich ein Gemüße locken.

Eine Umkehr gibt es für den Fürsten Bismarck nicht. Er hat die Verhältnisse nicht geschaffen, deren Ausdruck und Organ er ist, und er kann diese Verhältnisse auch nicht aus der Welt schaffen. Gleich Ixion an das Rad des Verhängnisses gebunden, muß er den Militarismus bis zum äußersten Extrem steigern, muß er die Steuerkraft des Volkes bis zum äußersten Extrem anspannen, muß er auf der abschüssigen Bahn, die er eingeschlagen, halb abwärts eilen, halb abwärts gleiten, bis sich das Schicksal erfüllt.

Die 130 Millionen Neusteuer, welche die letzte Session dem deutschen Volke gebracht, sind nur die erste Rate; sie reichen nicht annähernd für die Bedürfnisse der Bismarckschen Politik aus. Dank dieser Politik mit ihren „wunderbaren Erfolgen“ sind wir zwischen feindlichen Militärmächten eingeklemmt: Oesterreich kann nicht 1866 vergessen, Frankreich nicht 1870, Rußland nicht, daß es im letzten Türkenkrieg von seinem Erbfeinde nicht die erwartete und notwendige Unterstützung empfangen. Unsere Armee, kolossal wie sie ist, reicht nicht aus gegen eine Allianz der uns feindlichen Mächte. Und Bismarck besonnen haben wir nicht — trotz des offiziellen Gerüchels von einer „deutsch-österreichischen Allianz“

Mehr Soldaten, mehr Steuern!

Immer mehr Soldaten, immer mehr Steuern!

Frankreich ist reicher als Deutschland, Rußland hat mehr militärisches „Rohmaterial.“ Sie können immer ein Regiment mehr stellen als wir. Und sobald sie es thun, muß auch das deutsche Reich sich zu einer frischen Anstrengung aufrufen und den Nachbar zu überbieten suchen. Für diesen Wettkampf der Kriegsvorbereitungen gibt es keine andere Grenze als die Grenzen der Steuerkraft des Volkes. Diese sind aber schon nahezu erreicht und bald wird das Volk vor dem Dilemma stehen: entweder unter dem politischen und wirtschaftlichen System Bismarck zusammenzubrechen, oder mit diesem System zu brechen.

Und das Volk wird dann keinen Augenblick schwanken, es wird dem Gebote der Selbsterhaltung folgen.

Wir denken also nicht daran, „Revolution zu machen.“ Gemacht — das haben unsere Parteigänger schon vor Jahren gesagt, werden Revolutionen — d. h. revolutionäre Ausbrüche — nur durch die Machthaber, welche in die organische Staats- und Gesellschaftsentwicklung gewaltsam eingreifen. Ein solches Eingreifen, läge es in unserm Willen, liegt nicht in unserer Macht. Und weil es nicht in unserer Macht liegt, liegt es auch nicht in unserm Willen. An derartige Kindereien können nur Leute denken, die von dem geschichtlichen Entwicklungsprozeß keinen Begriff haben, und von der Laune und Willkür einzelner Personen abhängig wähnen, was das notwendige Resultat eherner Gesetze ist. Wir brauchen das System Bismarck nicht zu stürzen. Wir lassen es sich selbst stürzen! Das System muß an seiner eigenen Ueberhebung, an seinen eigenen Konsequenzen zu Grunde gehen. Wir brauchen den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft nicht zu zerstören, sie zerstören sich selbst, oder richtiger ausgedrückt: Alles, lebensunfähig Gewordenes stirbt ab, — Neues, Höheres wird und tritt an die Stelle. Staat und Gesellschaft, unaufhaltsam in organischer Fortentwicklung begriffen, wachsen mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus hinein.

Die Hände freilich dürfen wir nicht in den Schooß legen, wie uns von polternden Wirtköpfen nachgesagt wird, die, mit dem sie kennzeichnenden Mangel an Logik, in einem Athem uns vorwerfen, daß wir nicht thätig, nicht „revolutionär“ sind, weil wir nicht loschlagen, und daß wir zu thätig sind, weil wir uns an den Wahlen und an parlamentarischer Thätigkeit beteiligen.

In Bezug auf Beteiligung an den Wahlen ist unser Standpunkt durch das Ausnahmegesetz in keiner Weise verrückt worden. Es hat höchstens die Wichtigkeit des Wählens und der Wahlagitationen für uns erhöht. Daß die Partei, so lange von einer gesetzgeberischen Wirksamkeit noch nicht die Rede sein kann, wesentlich aus agitatorischen Gründen an den Wahlen und Reichstagsverhandlungen sich beteiligt, ist auf allen Parteikongressen betont und begründet worden. Jetzt aber, da so viele andere Mittel der Agitation uns entfallen sind, wäre es eine Thorheit ohne Gleichen, wollen wir auf eines der besten Agitationsmittel verzichten, die uns geblieben sind. Hätten wir uns nicht mehr an den Reichs- und Landtagswahlen beteiligt, dann würde in unserer Partei nicht die gehobene Stimmung herrschen, die Achtung der noch nicht zu uns gehörigen Massen wäre nicht so groß und der Boden für die Propaganda nicht so günstig. So wenig Revolutionen nach Belieben gemacht werden können, so wenig fliegen uns die gebratenen Tauben des sozialdemokratischen Staates in den Mund. Wir müssen ernst arbeiten und wir wollen arbeiten!

Zum Schluß müssen wir noch nachdrücklich vor Illusionen in Bezug auf die Dauer des Ausnahmegesetzes und des über Berlin und Umgegend verhängten Belagerungsstandes warnen. Es heißt die Situation völlig verkennen, wenn man sich der Hoffnung hingibt, das Ausnahmegesetz mit all seinen Konsequenzen werde nicht verlängert werden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß dasselbe nur der erste bahnbrechende Schritt der Reaktion war, die nicht einhalten wird, nicht einhalten kann, ehe sie auf unübersteiglichen Widerstand gestoßen ist oder ihre Kräfte erschöpft hat. Bis dahin wird aber noch einige Zeit vergehen, innerhalb deren wir auf eine Verstärkung der Maßregeln gegen uns gefaßt sein müssen. Unsere Wahlerfolge in Breslau und Sachsen haben schon den Ruf nach einer neuen verbesserten Auflage des Sozialistengesetzes erweckt. Und der Ruf wird nicht in taube Ohren gedungen sein. Es sei!

Mögen die Feinde thun, was ihnen gutdünkt. Wir wissen, daß sie unsere Sache nicht zu Grunde zu richten vermögen. Der Druck, die Verfolgungen können noch gesteigert werden — wir sind darauf vorbereitet. Der persönliche Verkehr kann uns nicht verboten, das geistige Band, welches uns umschlingt, nicht zerissen werden. Die private Organisation, welche an Stelle unserer öffentlichen Organisation getreten ist, steht über jedem Gesetz. Um sie zu vernichten, müßte die moderne

Zivilisation aufgehoben werden. Und das steht über der Macht der mächtigsten Regierung. Presse man jeden Postbeamten in die Dienste der Polizei, stelle man einen „geheimen Polizisten“ neben jeden Sozialdemokraten — die Unmöglichkeit des Fortbestandes der heutigen Ordnung der Dinge wird um so eklatanter bewiesen. Alles was gegen uns getan wird, wird für uns getan sein, wird das herrschende System nur rascher diskreditieren, seinen Sturz nur beschleunigen, den Augenblick näher rücken, wo bloß zwei Parteien sich gegenüberstehen: die Partei der Privilegirten, der Monopolisten, der Kapitalisten, des Militarismus, des Kriegs — die reaktionäre Minorität. Und die Partei der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, des Friedens — die sozialistische Majorität. Unsere Feinde sorgen dafür, daß die Sozialdemokratie zur Partei des Volkes wird.

So blicken wir getrost in die Zukunft.

Mögen die Genossen überall sich fest an einander anschließen, die Fühlung mit dem Ganzen anstreben! Jeder hat in dieser Zeit der Prüfung und Läuterung im vollsten Maße seine Schuldigkeit zu thun, all seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Das Zusammenwirken Aller ist dringend erforderlich. Wer es fñrdt und Zwietracht säet, ist ein Feind unserer Sache. Kein blindes Vertrauen in einzelne Personen, aber auch kein blindes Mißtrauen. Strenge Kritik der Genossen, verbunden mit strenger Selbstkritik.

Wir kennen die gesteigerten Pflichten, welche das Sozialistengesetz uns auferlegt und sind entschlossen, sie zu erfüllen.

Hoch die Sozialdemokratie!

Mit sozialdemokratischem Gruß!

K. Bebel. W. Bracke. F. W. Frißche. M. Kayser. W. Liebknecht. J. Bahlsch. Ph. Wiener.

Im September 1879.

Da ich an Stelle des verstorbenen Genossen Reinbers nach Schluß der letzten Session zum Reichstagsabgeordneten für Breslau gewählt worden bin, ist auch mir vorstehender Rechenschaftsbericht zur Unterschrift vorgelegt worden. Ich erkläre mich hierdurch ausdrücklich mit dem Verhalten meiner Kollegen im Reichstage und zugleich mit der unter dem Ausnahmegesetz innegehaltenen Taktik unserer Partei in Deutschland völlig einverstanden.

Leipzig, Anfangs Oktober 1879.

W. Haenckeler.

Programm der polnischen Sozialisten.

Erfreulich Weise haben sich nun endlich, nach langer Arbeit, auch die polnischen Sozialisten zu einer organisierten, auf sicherer prinzipieller Grundlage fußenden und sich ihrer Ziele bewußten Partei vereinigt. Dieselbe ist zwar vorläufig noch klein, hat aber bei der großen Hingebung und Opferwilligkeit ihrer Anhänger und der natürlichen Empfänglichkeit des niedergedrückten polnischen Volkes für alle Befreiung versprechenden Ideen eine große Entwicklungsfähigkeit. Die drei „Theiler“ Polens dürften die Folgen der Geistesarbeit dieser Handvoll armer, einflußloser Hülfslinge, deren Anstrengungen die neue Parteidichtung zu danken ist, wohl schon bald verspüren. Denn unsere polnischen Genossen verfügen auch bereits über ein Organ, den „Kownosch“ (Gleichheit), dessen erste Nummer diese Woche erschienen und uns soeben zugegangen ist.

Indem wir uns vorbehalten, auf die junge Bewegung und ihr Organ, denen wir selbstverständlich unsere lebhafteste Sympathie und Aufmerksamkeit zuwenden werden, alsbald zurückzukommen, reproduzieren wir, um unsern deutschen Genossen schon jetzt eine Idee von der prinzipiellen Stellung der polnischen Sozialisten zu geben, nachfolgend das in der ersten Nummer des „Kownosch“ veröffentlichte Programm der Partei.

Die politischen, ökonomischen und sozialen Ertragschaften sind das Ergebnis jahrhundertelanger Arbeit aller Glieder der Gesellschaft. Ebendeshalb sollen sie auch Allen zum Vortheil gereichen. Aber dem ist nicht also. Eine sehr kleine Minderheit zieht, indem sie thatsächlich die Arbeitsinstrumente, d. h. das Kapital, unrechtmäßiger Weise vorenthält, allein Gewinn aus den Institutionen und benützt sie allein für sich.

Der Ausdruck dieses Verhältnisses zwischen der das Kapital vorenthaltenden Minderheit und der ihre Arbeit darbietenden Mehrheit ist das System der Lohnarbeit, d. h. die Umwandlung des Arbeiters (der Arbeit) in eine Waare.

Der Arbeiter (die Arbeit) auf die Bedingungen der Waare gebracht — das ist die neue Gestalt der Knechtschaft und Ausbeutung. Indem der Arbeiter seine Arbeit nach den allgemeinen Gesetzen des Waarenverkehrs verkauft, muß er sich denselben unterwerfen; er überläßt dem Kapitalisten seinen Arbeitsertrag, und der dafür empfangene Lohn regelt sich nach dem Marktpreis, d. h. er hängt von der Anzahl der sich anbietenden Arbeiter und der Summe des zum Lebensunterhalt unumgänglich Nöthigen ab.

Alle modernen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen haben das System der Lohnarbeit zur Grundlage. Das was man „individuelle Freiheit“ nennt und die gerühmte Theorie der Selbsthilfe führen zum Kampf Aller gegen Alle, aus welchem der mit allen Kampfmitteln ausgerüstete Kapitalist als Sieger hervorgeht. Der Arbeiter aber, der Produktionsmittel beraubt und zum Lohnsklaven erniedrigt, verliert seine ganze Unabhängigkeit und wird dem Willen seines „Herrn“ unterworfen in allen Aeußerungen seines individuellen und sozialen Lebens.

Dieser Zustand muß in der arbeitenden Klasse aller zivilisirten Länder notwendig eine Bewegung hervorrufen, welche darauf hinzielt, die Einrichtungen der Gesellschaft all ihren Mitgliedern nutzbar zu machen.

So hat sich der kapitalistischen Theorie des Eigenthums der Arbeitsinstrumente und der Zertheilung des Arbeitsertrages die sozialistische Theorie entgegen gestellt, deren Prinzipien jetzt von den Arbeitern Europa's und Amerika's, welche eine gründliche Aenderung der gegenwärtigen sozialen Zustände zu Gunsten der Arbeit, das ist die soziale Revolution anstreben, mehr und mehr anerkannt und angenommen werden.

Eine Untersuchung der Bedingungen, unter welchen sich heute Polen befindet, zeigt uns, daß der Triumph der sozialistischen Prinzipien unentbehrlich zum Glück des polnischen Volkes ist. Deshalb ist die thätige Beteiligung an dem Kampf gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung die Pflicht jedes Polen, welcher das Schicksal der großen Mehrheit seines Volkes über die Interessen der kapitalistischen und adeligen Minderheit unseres Landes stellt.

Wir anerkennen folgende Prinzipien:

- I. Die Gesellschaft gewähle jedem Menschen die vollkommene Entwicklung seiner Person.
- II. Die Arbeitsinstrumente müssen aufhören, den Individuen zu gehören, und in den Besitz der Gesamtheit der Arbeiter übergehen, welche die Lohnarbeit in eine durch Affoziationen der Fabrikarbeiter, Handwerker und Aderbauer auszuübende Kollektivarbeit umwandeln werden.
- III. Jedes Individuum hat ein Recht auf den Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Die Grenzen dieses Rechtes können nur durch die Arbeiter selbst, nach den bestimmten Angaben der Wissenschaft, festgesetzt werden.
- IV. Soziale und vollständige Gleichheit Aller, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse und der Nationalität.
- V. Die Verwirklichung dieser Ideen muß das Werk aller Arbeiter, ohne Unterschied der Art ihrer Arbeit und der Nationalität sein, woraus folgt, daß die soziale Revolution nur eine allgemeine und internationale sein kann.
- VI. Aus diesen Gründen verlangen wir in ein Bundesverhältnis zu den Sozialisten aller Nationen zu treten.
- VII. Die Verwirklichung unserer Prinzipien kann nur durch das Volk erreicht werden, mit Hilfe einer sich der Rechte und Interessen des Volkes bewußten Organisation.
- VIII. Unsere Aktionsmittel werden sich stets in vollkommener Uebereinstimmung mit den Grundsätzen befinden, welche wir bekennen.

Die Mittel, welche zur Entwicklung unserer Partei dienen, sind:

- 1) Die Organisation der Volkskräfte.
 - 2) Die Propaganda der Prinzipien des Sozialismus durch Rede und Schrift.
 - 3) Die Agitation, d. h. Demonstrationen, Proteste, mit einem Wort, der ununterbrochene, unsere Grundsätze entsprechende Kampf gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung.
- Da die Unwirksamkeit aller „geheiligen“ Mittel anerkannt ist, kann obiges Programm nur durch die soziale Revolution erfüllt werden.

In Erwägung:

Daß die Bestrebungen des modernen Proletariats ihren lezten Ausdruck in der Internationalen Arbeiter-Affoziation gefunden haben, bekennen wir uns zu der Darlegung der Grundsätze, welche der erste Kongreß dieser Affoziation angenommen hat:

„In Erwägung:

- „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß;
- „daß der Kampf der Arbeiter für ihre Emanzipation nicht auf Errichtung neuer Privilegien, sondern auf Einführung gleicher Rechte und Pflichten für alle abzielt;
- „daß die Unterwerfung des Arbeiters unter das Kapital die Quelle aller Knechtschaft, der politischen, moralischen und materiellen ist;
- „daß deshalb die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung untergeordnet sein muß;
- „daß alle Bestrebungen nach diesem großen Ziel bisher gescheitert sind an dem Mangel der Solidarität zwischen den mannigfachen Zweigen der Arbeit in jedem Lande und einer brüderlichen Vereinigung zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;
- „daß die Emanzipation der Arbeiter kein bloß lokales oder nationales Problem ist, sondern daß dasselbe vielmehr alle zivilisirten Nationen brührt, indem seine Lösung notwendig von dem theoretischen und praktischen Zusammenwirken derselben abhängt;
- „daß die Bewegung, welche sich unter den Arbeitern der industriellen Länder vollzieht, einerseits neue Hoffnungen erweckt, andererseits feierlich warnend vor einem Rückfall in die alten Irrthümer und zur Zusammenfassung der bisher zusammenhangslosen Bewegung auffordert;

„Aus diesen Gründen:

„erklärt der am 3. September 1866 zu Genf versammelte Kongreß der Internationalen Arbeiter-Affoziation, daß diese Affoziation, sowie alle sich zu ihr bekennenden Gesellschaften und Individuen als leitenden Grundsatz

Wahrheit, Gerechtigkeit, Moral

in ihrem Umgang mit allen Menschen und ohne Unterschied der Hautfarbe, des Glaubens und der Nationalität anerkennen. „Der Kongreß betrachtet es als Pflicht, die Menschen- und Bürgerrechte nicht nur für die Mitglieder der Affoziation, sondern für jedweden zu fordern, der seine Pflicht erfüllt.“

„Keine Rechte ohne Pflichten,
„Keine Pflichten ohne Rechte.“

September 1879.

Sozialpolitische Rundschau.

— Wenn sich die Schatten der Nacht herniedersenkten, dann erwacht allorten das lichtscheue Gethier und kriecht aus seinen Löchern hervor und tummelt sich furchtlos und frech so in der Höhe als in der Tiefe. Das Ungeziefer betrachtet sich dann als Herrn der Welt und feiert wahre Orgien der Finsterniß. So ist auch das arme Deutschland gegenwärtig der ausgewählte Rammelboden der Reaktion, die ihren Gefühlen im Vollgefühl ihrer nächtlichen Herrschaft keinerlei Zwang mehr anthut. Konsequenter sind die Helden der „Umkehr“, das muß ihnen der Reib lassen. Nicht nur hier oder dort, sondern auf allen Gebieten wird zum Rückzug geblasen.

Natürlich sind bei diesem herrlichen Gang der Dinge die Pfaffen nicht die Letzten; wie die Geier um ein Aas, so sammeln sich diese Eseln überall, wo das Volk geknebelt wird, um von der Siegesbeute das fetteste Stück in Empfang zu nehmen. Im deutschen Reich sind diese dunkeln Ehrenmänner jetzt vollständig obenauf, besonders in der Reichshauptstadt, wo sie einen wahren Herensabbath aufführen. Wo man hinsieht, nichts als Pfaffen-gezänk, wo man hinriecht, nur Salbölparfüm und — etwas Scheiterhaufenluft.

Die Seelenhirten nach evangelischem Ritus, die „nur in allem Grund der Sachen mehr Schwachen und Grimassen machen“, halten im ungläubigen Berlin ein förmliches Konzil, in dem sie Tag um Tag schwächelnd an der Rückwärtsdrehung des Zeitrades arbeiten. Die Gesellschaft muß sich wieder zu Gott bekehren, die Schule wieder (?) religiös und deshalb konfessionell werden, die Kulturgehülfe müssen revidiert und in den Krankenhäusern und Strafhäusern vor allem Seelenhirten angestellt, Trunksucht, Fischen und Sonntagseiteligkeit durch den Richter bestraft und die Geistlichen zu den Säbnerhandlungen des Ehergerichts zugezogen, Zivilehe und Taufrecht aufgehoben werden. Freiheit für die Wirtschaft der Kirche, aber nur für sie; wer nicht glaubt, kommt nicht nur nicht in's Himmelreich, sondern hat auch in diesem Jammerthal kein Recht, seine Meinung zu äußern und ihr nachzuleben. Deswegen muß die Berliner freireligiöse Gemeinde die Inschrift ihres Begräbnisplatzes: „Kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn“ — entfernen. Und deswegen wird auch die Judenhebe schwunghaft betrieben, an deren Spitze kein geringerer als der bei Hof hochangesehene christlich-soziale Propheet Stöcker steht.

Die Ultramontanen reiben sich zu alldem natürlich vergnügt die Hände. Haben sie doch längst erklärt, daß die Reaktion ihren vollen Beifall haben wird und sie an ihr mit Vergnügen teilnehmen werden, „soweit sie ihrem Programm entspricht“, d. h. soweit sie sich auf das Gebiet von Kirche und Schule erstreckt. Je kräftiger, desto besser, ist hier ihr Wahlspruch, und kein Verlangen der protestantischen Ultra dürfte ihnen hier zu weit gehen. In ihrer Roth haben die Herren früher allerdings einmal nach Trennung von Staat und Kirche gerufen, aber seit ihnen die Aussicht lächerlich, daß die Staatsgewalt mit der Hierarchie wieder Halbpart macht, ist diese demokratische Kezerei längst wieder vergessen.

Aber mit dieser Umkehr auf dem kirchlichen Gebiet ist es noch keineswegs gethan. Wiedereinführung der Schulhaft, der Prügelstrafe „als Disziplinarmittel“, der Gebundenheit des Grundbesitzes, der Zwangsinnungen und alles, was sich sonst noch in der reaktionären Kumpelkammer findet, wird sorgsam hervorgeholt, abgestaubt und allem Volk als nagelneuestes Universitätsmedium für alle Gebrüsten der Zeit vorgestellt. Sogar der Regierung, die diese Geister doch rief, wird bisweilen etwas schwindel ob des Appetites, der der heißhungrigen Gesellschaft im Essen nur immer mehr wächst. Nicht aus Gründen des Rechtes zwar, wohl aber aus politischen Gründen möchte sie, soweit es nicht für ihre Herrschaft erforderlich, sich nicht weiter als nötig zurückdrängen lassen. Aber sie wird die Geister nicht mehr los, die sie ihrem Verhängnis sicher und immer schneller zutreiben werden.

Die Offiziösen und die von ihnen beeinflusste Presse vollführen gegenwärtig einen Heidenlärm über die angeblich von Bismarck in Wien abgeschlossene „Allianz“ zwischen Deutschland und Oesterreich, die als ein unvergleichlicher Erfolg des Reichskanzlers und als die sicherste Bürgschaft für den europäischen Frieden gepriesen wird. Gerade durch dies aufbringliche Gebahren aber muß jeder Rußigdenkende stußig gemacht werden. Oder läßt sich etwas Verdächtigeres denken, als diese unaufrichtigen emphatischen Versicherungen von der Isolierung Rußlands, der unerschütterlichen Treue Oesterreichs gegen Deutschland, der dominanten Stellung und Unangreifbarkeit dieser beiden Verbündeten, der Friedlichkeit Frankreichs zc. —, als die Zusammenkunft von Auslassungen selbst der mittelmäßigsten Pressorgane aller Weltenden, die sich in ähnlichem Sinn ausgesprochen, und vor allem, als die enorme Aufpuffung und tendenziöse Verdrehung der für die englischen Wahlen berechneten Manchestertrede des großsprecherischen englischen Ministers Lord Salisbury? Wer da nicht die Absicht merkt und verstimmt wird, an den ist kein Wort mehr zu verlieren.

Wer sich aber durch die Ränke der Diplomaten nicht blenden läßt, der erkennt leicht, daß wieder einmal ein unerhörtes gewissenloses und erbärmliches Spiel mit der Ruhe und dem Frieden Europas getrieben wird und daß der Friede, Dank diesen verbrecherischen Antrieben und nicht zuletzt den Praktiken des deutschen Reichskanzlers, allem Anschein nach niemals weniger gesichert gewesen ist, als gerade jetzt! Zu der wirtschaftlichen Noth, dem unerträglichen Steuerdruck und der immer weiter greifenden Reaktion auch noch die Aussicht auf menschenmordende und länderverwüstende Kriege — in welchen Abgrund von Elend haben die heutigen Gewalthaber die Völker nicht schon gestürzt und um wie viel muß sich die Lage der Völker noch verschlechtern, bis sie sich endlich ermannen und dem freies Spiel mit gewaltiger Hand ein Ende machen?

Aus Böhmen berichtet der Telegraph unter'm 17. und 18. ds. von Arbeiterunruhen. Dieser Meldung zufolge wären die Unruhen auf den Schächten der Brügger Kohlenbergbau-Gesellschaft zu Schicht ausgebrochen und hätten Lohnerhöhung bezweckt. (Das ist jedenfalls Unsinn; denn die gewollte und vielleicht verweigerter Lohnerhöhung kann wohl möglicherweise der ursprüngliche Anlaß zur Entstehung von Unruhen gewesen sein, nicht aber können diese die Lohnerhöhung „bezweckt“ haben.) Gendarmerie und Landwehr habe zum Schutz der Grubenbeamten requirirt werden müssen. Am 18. sei es dann zwischen deutschen und böhmischen Arbeitern (vielleicht, weil die einen davon zu billigeren Sätzen arbeiten wollten und dadurch die Aussicht der andern auf Lohnerhöhung vernichteten) zu blutigen Erzessen gekommen, wobei der Bezirkskommissär Graf Kuenburg die Gendarmerie mit gefälligem Bajonnet eindringen und zahlreiche Verhaftungen machen ließ.

Was an der Sache Wahres ist, muß erst noch abgewartet werden. Jedenfalls glauben wir den Berichten der Bourgeoispreffe nicht so ohne Weiteres, da wir hinreichend wissen, wie sie systematisch auf die Arbeiter läßt und sie verläumdet. Voraussichtlich wird der hinkende Vote schon noch hintennach kommen und uns

melden, wie nicht Arbeiter-„Rohheit“, sondern Kapitalisten-Uebermuth auch hier die Ursache gewesen sein wird.

Was wir in unserer vorigen Nummer vorausgesagt, daß nämlich der belgische Liberalismus auf die bisherige schwächliche Weise mit den Pfaffen nicht fertig werde, sondern sich nur Niederlagen holen werde, ist schnell in Erfüllung gegangen. Trotz der von den Liberalen durchgesetzten „Wahlreform“, welche zahlreichen Ultramontanen, welche früher wahlberechtigt waren, zu Gunsten des Liberalismus das Wahlrecht entzog, sind die Liberalen bei der Wahl eines Senators in Brügge schmächtig unterlegen. Daß die Ultramontanen all ihre riesigen Machtmitteln entfaltet und einen wahren Terrorismus ausübten, ist allerdings richtig, trägt aber keineswegs die alleinige Schuld an der Schlappe der Liberalen, wie diese glauben machen wollen. Vielmehr haben sie dieselbe lediglich ihrer eigenen Schwäche zuzuschreiben. Sie fördern ja — durch die früher erwähnte religiöse Heuchelei zc. — selbst die Pfaffen in zahlreichen Fällen, und wundern sich dann in ihrer Beschränktheit noch, daß jene so viel Einfluß haben. Wenn sie in ihrem pomphaft angekündigten „Kulturkampf“ so fortfahren, dann wird die Niederlage von Brügge nur der Anfang einer ganzen Reihe ähnlicher und noch ärgerer bilden.

Uebrigens verdient doch auch die Art des Wahlkampfes noch einige Beachtung. Vierzehn Tage lang haben die beiden Parteien gegen einander wie Wahnsinnige getobt, alltäglich öffentliche Ständele und Aufmäule erregt und als sie mit den Worten zu Ende waren, griffen sie auch noch zu Prügel und Messer, so daß Blut floß und die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf's äußerste gestört wurden. Namentlich die letzten Nächte vor der Wahl ging es in Brügge zu, wie in einer eben vom Feind eroberten Stadt, in welcher sich die Eroberer alle Gewaltthaten erlauben. Wäre der zehnte Theil der Unruhen, welche diese „angesehenen Bürger“ erregten, von armen Arbeitern verursacht worden, welche Brod zur Stillung ihres Hungers heischen, wie wäre über die „rohe neutriale Menge“ geschrieben worden und wie schnell wären die Gendarmen zur Hand gewesen und hätten rückwärts nicht nur von ihrer Amtsgewalt, sondern auch von ihren Waffen Gebrauch gemacht, während sie den edlen Kämpen von der Bourgeoisie gegenüber die zarteste Rücksicht und Zurückhaltung beobachteten.

Was die „Wächter der öffentlichen Sicherheit“ aber in Brügge verärgert, haben sie dafür anderwärts um so ergiebiger wieder heringebracht. Vor zwei Wochen etwa ist im Kohlenbeken von Charleroi im Hennegau wegen Lohnbifferenzen ein Streik ausgebrochen. Schon von Beginn der Krise an hatten nämlich die Bergwerksbesitzer unter Berufung auf ihre verminderten Einnahmen eine Lohnverminderung von nach und nach 20—25 Prozent eintreten lassen, so daß sich die Arbeiter, deren Löhne schon früher nichts weniger als hohe waren, kaum mehr das trockene Brod für sich und ihre Familien verdienten. Nachdem nun aber jetzt in Folge besseren Geschäftsganges die Aktien der Bergwerke gestiegen sind, verlangten die Arbeiter auch eine Lohnaufbesserung, welche ihnen indessen von den übermüthigen Herren verweigert wurde, worauf der Aufstand begann, welcher bis heute bereits 10,000, nach anderen Berichten sogar 12,000 Kohlengräber umfaßt und sich täglich weiter verbreitet. Die Bourgeoisregierung aber hatte nichts Eiligeres zu thun, als — nicht etwa die Bergwerksbesitzer zur gütlichen Verständigung mit ihren Arbeitern zu bewegen, sondern — eine Abtheilung Gendarmen zu senden. Dieselben haben ihre Aufgabe denn auch bereits zum Theil erfüllt, indem sie in einer Versammlung, welche der zur Organisation der Arbeiter seitens der Partei abgesandte Delegirte in Charleroi abhielt, ohne jeden Rechtsgrund einschritten und, wie die Bourgeoispreffe meldet, „aus Mißverständnis“ von ihren Waffen Gebrauch machten. Wie wir dem, in unserm wackern flämischen Bruderorgan „Volkswil“ veröffentlichten Bericht des Delegirten entnehmen, stürmten die Gendarmen plötzlich und ohne jede Ursache oder Warnung in das Versammlungslokal und hieben auf's Barbarrischste links und rechts auf Männer, Frauen und Kinder ein. (Die Depechen sprechen auch von Anwendung der Schußwaffen.) Zahlreiche Verwundungen sind erfolgt und auch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der Wirth des Versammlungslokales wurde ebenfalls verhaftet und auch der Parteidelegirte sollte es werden, entkam jedoch und hielt nächsten Tages eine Versammlung in Gilly ab.

Die Aufregung über diese Gewaltthat ist selbstverständlich eine ungeheure und die herrschende Klasse wird durch sie nur das Gegentheil von dem Bezwekten erreichen: die bisher noch wenig in die sozialistische Bewegung gezogenen Arbeiter des Bassins von Charleroi erhalten durch diese neueste Schandthat den schlagendsten und unmissverständlichen Beweis, was sie von Regierung und Bourgeoisie zu erwarten haben, und nicht lange wird es dauern, bis sie eben so aufgeklärt und organisiert sein werden, wie ihre Brüder in der Vornage. Die belgischen Kohlenbarone und ihre Gefinnungsgeoffenen von der Bourgeoisie werden sich auf alle Fälle beeilen müssen, wenn sie noch öfter solche Gewaltorgien feiern wollen; es dürfte dazu sonst bald zu spät werden.

Dem allgemeinen Zug der Zeit folgend, hat nun auch Frankreich seine Reaktion, wenn auch nur eine partielle, nämlich hinsichtlich der Agitation zu Gunsten der Personen und Ideen der Kommune. Die hochbelobte Grevy'sche Maxime des „Alles sagen lassen“ hat nicht lange Stand gehalten, nämlich nur so lange, bis die vorgeschrittenste Partei von ihr ernstlich Gebrauch machte. Kaum that sie aber das, redete, wählte und demonstrierte in der ihr zusagenden Weise, so wird schon der Staat in Gefahr erklärt und die uralte Repressionspraxis wieder in ihre Rechte eingesetzt, indem alle Justiz- und Verwaltungsorgane von den „republikanischen“ Ministern angewiesen werden, „auführerische Kundgebungen, Aufreizungen zum Sturz der gesetzlichen Regierung“ und ähnliche „Mißbräuche“ auf's Strengste zu verfolgen. Die bürgerlichen Parteien, und seien sie noch so fortgeschritten und ehrlich demokratisch, lernen eben nichts von der Vergangenheit und fallen aus kindischer Furcht vor dem rothen Gespenst alsbald in die von ihnen selbst ehemals am meisten verurtheilten ärgsten Fehler des Monarchismus und Absolutismus, welche deren Sturz noch immer am meisten beschleunigten.

Noch sind wir auch mit der Haltung der Radikalen und Sozialisten nicht in Allem einverstanden und bemerken zu unserm Leidwesen so Manches, was uns zeigt, daß auch sie manche kostbare und theuer erkaufte Lehre der Geschichte bereits wieder vergessen wollen. Gewiß strebt Niemand das gemeinsame Ziel, die soziale Revolution, eifriger an, als wir, und was die Zeit be-

trifft, in welcher wir es erreichen, so wird sie uns gewiß nie zu früh kommen. Aber man kann sich auf dem Marsche zu diesem Ziel auch übereilen, indem man, ohne auf die Unebenheiten des Weges und seine Krümmungen zu achten, blind und taub dahinstürmt und dann leicht zu Fall und Schaden kömmt. Es fällt uns natürlich nicht ein, durch diese Bemerkungen den Gegnern, resp. der französischen Regierung und der herrschenden Partei der Opportunisten ein Zugeständniß zu machen, resp. ihnen hinsichtlich ihres jetzigen reaktionären Vorgehens Recht zu geben oder daselbe auch nur weniger zu bekämpfen. Wir wollen unsere französischen Gefinnungsgeoffenen nur im Interesse der gemeinsamen Sache der Freiheit und Befreiung gewissenhaft warnen, in der Ueberzeugung, daß ihnen dadurch mehr genützt wird, als durch kritiklosen Beifall.

Zu Beginn dieser Woche ist der von uns schon früher angekündigte französische Arbeiterkongreß zu Marseille eröffnet worden. Ueber seine Tagesordnung haben wir bereits berichtet. Unter den von den Syndikatskammern und Arbeitergesellschaften ernannten Delegirten bemerken wir von bekannten Personen u. A. den von dem vorjährigen Pariser Kongreß her bekannten Bürger Finance und Frau Hubertine Duclerc, Bevollmächtigte der Gesellschaft für die Rechte der Frauen und der Genossenschaft der Arbeiter von Belleville. Im Uebrigen werden wir, wie schon versprochen, den Verhandlungen des Kongresses auf's aufmerksamste folgen und wohl schon in nächster Nummer eingehend darüber berichten können.

Für heute nur noch Eins. Das bonapartistische Blatt „Patrie“ und nach ihm ein Theil der sozialistenfeindlichen Presse Deutschlands berichtet, „daß die Sozialdemokraten von Leipzig, Breslau und München in geheimen Konventikeln beschlossen hätten, eine Adresse an ihre französischen Gefinnungsgeoffenen zu richten, ihnen in derselben ihre wärmsten Sympathien und die Erwartung auszusprechen, daß sie, wenn sie erst die soziale Republik in Frankreich durchgeführt, auch ihre noch unter dem fremden Joch schwachenden Brüder und insbesondere die deutschen Proletarier nicht vergessen, sondern an ihrer Befreiung eifrig mitwirken sollten.“ — Diese Nachricht ist selbstverständlich nichts als eine plumpe Ente, an welche zu glauben die ganze politische Beschränktheit und Unbildung der Bourgeoisie gehört. Wahr dagegen ist, daß die Sozialdemokraten Deutschlands wie die aller Länder den auf die Emanzipation der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen des Pariser Kongresses die lebhaftesten Sympathien entgegenbringen, und daß wir uns gedrungen gefühlt haben, uns zum Organ dieser Gefühle zu machen, indem wir dem Kongreß unsere brüderlichen Grüße und Rathschläge übersandten.

Die Difftanz, welche die beiden Antipoden England und Rußland in Asien noch von einander trennt, vermindert sich von Tag zu Tag. Die Engländer haben Kabul, die Hauptstadt von Afghanistan, eingenommen, worauf die Russen als Antwort gegen Herw, von wo aus man den ganzen Nordosten von Afghanistan beherrscht und schnell nach dem strategisch wichtigen Herat vordringen kann, vormalstirten und dasselbe einer Depeche des Gouverneurs von Jellalabad zufolge auch bereits erreicht haben.

Mit der Verminderung des Zwischenraums zwischen den beiden Eroberungsheeren des Zaren und der Kaiserin von Indien wächst auch in gleichem Maße die Gefahr eines baldigen Aneinandergerathens der beiden Rivolen um die Herrschaft Asiens auf Leben und Tod, welcher Kampf zweifellos kein Duell bleiben wird, sondern in den verschiedenste andere Länder mit hineingezogen werden. Herrliche Aussichten!

Noch mehr als andere Länder hat Spanien alle Thorheiten und Verbrechen seiner herrschenden Klassen zu büßen gehabt und noch zu büßen; aus einem der schönsten Länder haben es diese zu einem der elendesten gemacht. Schon in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität infolge seiner durch Pfaffensthum und Bourbonenherrschaft durchaus verdorbenen und verrotteten Verhältnisse ärmer und elender, als die Bewohner von der Natur weit larger bedachter Länder, muß eine ökonomische Krise das spanische Volk in ein Uebermaß von Elend stürzen, gegen welches die gleichzeitigen mitteleuropäischen Zustände vergleichsweise noch leicht erscheinen. Das heutige Elend der spanischen Arbeiterklasse läßt sich im Großen nur mit dem des armen Volkes des ihm in so vielen Dingen ähnlichen Italiens vergleichen. Jedes Blatt, das von jenseits der Pyrenäen kommt, bringt über das bodenlose Elend des dortigen Volkes schaudervolle Details, welche dort in Folge der langen Gewohnheit kaum mehr Aufsehen erregen und auch ganz lakonisch, ohne „sentimentale“ Beiße gemeldet werden. Wir wollen von den neueren Nachrichten nur ein paar besonders charakteristische hervorheben.

In dem industriereichen Alcoy sind 10,000 Arbeiter, das ist mehr als ein Drittel aller Einwohner, arbeitslos und schwachen in dem fürchterlichsten Elend, da diese Arbeitslosigkeit bei den meisten schon seit dem Winter anhält. Daß Krankheitsstand und Sterblichkeit bei solchen Verhältnissen außerordentlich sein müssen, ist selbstverständlich. Die Lokal- und namentlich die Provinzialhospitäler können die Massen der Hungerkranken nicht im entferntesten mehr bewältigen und müssen hunderte und tausende der Elenden zurückweisen, von denen dann nicht wenige auf den Straßen vor den Hospitälern liegen bleiben und wohl auch gleich da sterben. Besonders grassiren der Fleitpphus und intermittirende Fieber und dezimiren die durch Hunger widerstandlos gewordene Arbeiterbevölkerung. Es ist nur natürlich, daß, wenn es immer seine Kräfte und seine Mittel erlauben, dieses mörderische Land, das außerdem noch von der Bourbonenherrschaft geknechtet wird, verläßt. Und in der That nimmt die Auswanderung immer riesigere Dimensionen an und wird stellenweise einer wahren Massenflucht. So sind allein aus den Kreisen Almeria und Karlagena im Verlauf der letzten vier Monate fünfhalb tausend Arbeiter nach Algerien ausgewandert. Und nach Sudamerika gingen kaum weniger.

Um das Unglück des Landes voll zu machen, sind nun zu den Verwüstungen durch die wirtschaftliche Krise und das bereinte Pflaß- und Königthum auch noch solche durch schädliche Naturereignisse getreten. In verschiedenen Theilen Spaniens haben jüngst kolossale Ueberschwemmungen stattgefunden und enormen Schaden verursacht. So erzeugte das Sturm- wetter in der Nacht vom 14. auf 15. Okt. eine suchtbare

Ueberschwemmung in Murcia. Der Fluß Segura trat aus und setzte das ganze reich kultivierte, mit Städten und Dörfern besetzte Thalboden unter Wasser. Die Eisenbahn zwischen Alicante, Cartagena und Murcia ist mehrfach unterbrochen. Die Städte Orihuela, Crevillente, Torreguera, Benitacion und Murcia-Vorstadt sind unter Wasser. Die Fluth wuchs plötzlich um mehrere Meter. Zahlreiche Verluste an Menschenleben fanden statt und der materielle Schaden wird vorläufig auf fünfzehn Millionen Pesetas geschätzt. Gleiche Verwüstungen werden aus Andalusien gemeldet. Details fehlen noch, da seit dem 16. Abends fast sämtliche Telegraphenverbindungen zwischen Madrid und den südlichen Provinzen unterbrochen sind. Nach einer Madrider Depesche ist das Dorf Monduermas unter dem Gewässer verschwunden, Tausende von Familien sind vollständig hilflos und mittellos. Am 16. Okt. Abends hatte man schon 100 Leichen aus dem Wasser gezogen. — Der bis jetzt ermittelte Gesamtverlust an Menschenleben beträgt über 500, der Verlust an Eigenthum, gering gerechnet 30 Millionen Pesetas (circa 32 1/2 Million Franken).

— Aus Russland sind lange keine Nachrichten über nihilistische Verschwörungen und Gewaltthaten in der Oeffentlichkeit gedrungen, woraus ein großer Theil der Bourgeoisie in gewohnter Oberflächlichkeit den Schluss zieht, daß die dühndmal wiederholten Versicherungen der zarischen Censur in der That wahr und der Nihilismus bis auf wenige ungefährliche Spuren ausgerottet sei. Daß dem aber keineswegs so ist und daß die Nihilisten, wenn auch nicht mehr so gefährlich und offenkundig, in ihrer „untergründigen“ Thätigkeit fortfahren, dafür sind zahlreiche Anzeichen vorhanden. So wurde vor Kurzem, nachdem angeblich sämtliche geheimen Druckereien längst unterdrückt worden waren, abermals eine solche und zwar mitten in Petersburg entdeckt. Am meisten aber macht die Flucht des in die Attentatsproseß verwickelten Brutenanäs Fomin von der Wilna'schen Citadelle aufsehen, welche nur durch mächtige Beihilfe in's Welt gesetzt werden konnte.

Bekanntlich sollte Fomin schon im nächsten Monat in Petersburg vor Gericht gestellt werden und zwar im Verein mit Michailow, der Theilnahme am Attentate des General-Adjutanten Mesenzoff angeklagt; Mirskij, der angeklagt wird, das Attentat auf den General-Adjutanten Drentelen im März l. J. verübt zu haben; Dr. Weymar, einem reich begüterten und angesehenen Arzt, und Lieutenant Bogdanowsky, welche beide in dem Prozeß gegen Szolowjef als Zeugen zu fungiren gezwungen waren, schon während des Proseßes in Haft genommen wurden und nun der Theilnahme am Attentate gegen den Czar angeklagt sind. Außerdem werden noch prozessirt: Klementz, einer von den „193“, der aus Russland geflohen war, endlich noch zwei Frauen, Fedorowa und Malionowska, die des bewaffneten Widerstandes gegen Gendarmen angeklagt sind.

Die Regierung fürchtet — das beste Zeugniß für die Unwahrheit der Behauptung von der totalen Unterdrückung und Vernichtung der Nihilisten —, daß diese Proseße große Aufregung und möglicherweise sogar Unruhen hervorrufen werden. Sie hat nicht nur die Polizeimannschaft aufs neue vermehrt, sondern derselben auch das Recht erteilt, ihre Waffen nicht mehr nur, wie bisher, bloß zur Abwehr unmittelbarer persönlicher Gefahr, sondern auch dann anzuwenden, wenn Volkshaufen eine „feindliche Absicht“ zeigen. Welche neuen barbarischen diese Verordnung hervorrufen wird, kann man sich leicht vorstellen. Trotzdem wird auch diese Maßregel, ebensowenig wie alle ähnlichen, den im Welt begriffenen Umschwung der öffentlichen Meinung und die ihr folgende endliche, gründliche Umgestaltung keinen Augenblick aufzuhalten vermögen.

Wie weit dieser Umschwung der Ansichten schon gediehen ist und bis in welche Kreise er sich erstreckt, zeigt der ungemein auffällige Fall des Kommandanten der Citadelle zu Garkow, Oberst Wissowitsch. Dieser Offizier, dem die Oberaufsicht über die dort verwahrten Staatsgefangenen anvertraut war, war erst vor kaum zwei Wochen auf diesen Posten berufen worden. Er hielt es aber nicht lange in der düstern Kerkerluft aus, sondern jagte sich, vor der Unmöglichkeit, den Widerstreit von Pflicht und Gewissen zu lösen, sehend, eine Kugel durch den Kopf. In einem unmittelbar vor seinem Tode verfaßten Schreiben gab er „Mitleid für die Leiden der im Gefängniß Schmachenden und die moralische Pein, ihnen nicht helfen zu können“, als Motive des Selbstmordes an. Wenn einmal die sonst willenlosen Werkzeuge der Gewalt menschlich zu denken und menschlich zu fühlen anfangen, dann hat diese allerdings Ursache, für die Dauer ihrer Herrschaft besorgt zu werden.

Berichte.

* Zürich, 23. Oktober. Nach dem Berliner Polizeipräsidenten hat uns nun auch der Reichskanzler selbst durch ein Verbot des „Sozialdemokrat“ gehet, welche Auszeichnung unsere Leser und Genossen gleich und gebührend zu schätzen wissen werden.

—g. Berlin, 20. Oktober. Als vor nunmehr Jahresfrist die hereinbrechende Reaktion den ersten ihrer klumpen Schläge gegen ihren gefährlichsten Feind, die Sozialdemokratie, führte — jetzt dagegen sie ja bereits den Giel zu schlagen, welchen sie wirklich meinte, als sie den Saft mit ihren liebenswürdigen Maßregeln bedachte — als sie damals mit Hilfe der verblendeten Thoren von Liberalismus das famose Ausnahmegesetz zu Stande gebracht, da sah Jedermann und vor allen Dingen sahen unsere Genossen hierorts selbst mit Bestimmtheit voraus, daß hier in unserer Stadt die Maßregelungen am entschiedensten und nachhaltigsten würden durchgeführt werden. — Seit Jahren schon hatten jene Herren mit feigenber Besorgniß dem stets gewaltigeren Anwachsen der sozialdemokratischen Partei in der Residenz des Reiches zugehört, während die Genossen außerhalb Berlins mit stets angespannterem Interesse ihren Blick auf die hiesige Bewegung richteten und bald unsere Stadt als einen der ersten Bororte der Partei, als Vorkämpferin der sozialdemokratischen Idee betrachteten. Hatte doch ein ganz ansehnlicher Kreis der vortrefflichsten, taktisch gelbsten Parteiführer Berlin zu ihrem Wirkungsbereich ernannt, hatten doch die hochgehenden Wogen der hiesigen Bewegung auch sich selbst heraus eine respektable Anzahl von Köpfen an die Oberfläche der Bewegung gehöhrt, die mit bewundernswürdiger Energie eine agitatorische Thätigkeit entfalteten, wie sie in dem Maße und mit so durchschlagendem Erfolge wohl nur selten gesehen worden ist.

Hier also war ein Hauptherd der Partei, hier mußte ein Hauptschlag geführt, hier der immer drohenden „Gefahr“ ein Damm entgegengeführt werden. Allein die einfache Handhabung des neugebildeten Gesetzes schien keine genügende Wirkung zu versprechen, alle Maßnahmen schienen illusorisch, so lange der Zusammenhang der Masse mit den Führern und Agitatoren nicht gebrochen war. Das „Wespennest“ mußte ausgenommen werden und hierfür konnte nur § 28 des Gesetzes, der „keine“

Belagerungszustand Rath schaffen. Ohne jeden (auch nur auf dem Boden des Oktobergesetzes) rechtfertigenden Grund wurde der § in Wirklichkeit jetzt, und anfangs etwa 60 der „Reichsblätter“ ausgewiesen, denen dann im Laufe der verfloffenen 9 Monate sich noch so mancher andere hinzugesetzt hat. Hausdurchsuchung folgte auf Hausdurchsuchung und in ihrer Befolgung eine Ausweisung der andern, in einer Weise, daß jeder, der sich irgend im Parteinteresse hervorzuheben wagte, ein gleiches Schicksal früher oder später zu gewärtigen hatte. So ist der neulichen Ausweisung der vier Genossen erst dieser Tage wieder eine gefolgt, die des Schneidermeisters Tiede. — Wenn man sich zu alledem noch vorstellt, in welcher umfangreichen Maße die Berliner politische Geheimpolizei ihre Reize über die Stadt ausbreitet und jeden, der nur im geringsten mit dem Begriff „Sozialdemokratie“ in Verbindung steht, mit der ungetheiltesten Aufmerksamkeit beehrt, dann wird man begreifen, unter welcher enormen Schwierigkeiten nur es den hiesigen Genossen möglich ist, ihre frühere Wirksamkeit fortzusetzen. Gleichwohl aber können wir allen Freunden und Genossen außerhalb Berlins die beruhigende Versicherung geben, daß die Maßregelungen hierorts von wesentlichem Einfluß auf der Gang der hiesigen Bewegung nicht gewesen sind. Im Gegentheil hat sich die Bewegung in sich selbst stark genug erwiesen, um auch ohne die äußeren Bindemittel von Organisation und Presse den inneren Halt nicht zu verlieren.

So betrachteten es die Sozialdemokraten Berlins als ihre nächste Ehrenpflicht, für die zurückgebliebenen Angehörigen ihrer ausgewiesenen Freunde und Kampfgenossen zu sorgen und sie wurden zunächst dieser Pflicht in anerkannter Weise gerecht. — Ferner ist es uns gelungen, selbst den äußeren Zusammenhang unter den umfangreichen Arbeiterkreisen, wie er sich im Laufe der Jahre entwickelt hatte, in hohem Maße zu erhalten; er ist nach wie vor in schöner Weise vorhanden und befindet sich bald hier, bald da, bald so, bald so, soweit es sich immer auf eine gute Manier bewertstelligen läßt, die sich den Augen der Polizei entzieht. — Schließlich ist und bleibt auch im Uebrigen der geistige und gemüthliche Verkehr unter den hiesigen Genossen außerordentlich reg. Mit großem Interesse — so weit sie ein solches verdient — wird die allgemeine politische Lage verfolgt und rege Aufmerksamkeit wird vor allen Dingen auch dem geringsten Vorgange innerhalb der Partei selbst zugewendet. Mit Jubel wurden die Dieblicher Wahlerfolge aufgenommen, mit Bewunderung die großartige Demonstration der Hamburger Genossen am Grabe Geib's. — Mit einem Worte, der Stand der Bewegung hierorts ist mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Verhältnisse ein ganz vortrefflicher zu nennen. Angaben im Einzelnen entziehen sich selbstverständlich der Behauptung an dieser Stelle.

Was nun von allem, das etwa hätte noch geschehen können, seither noch unterblieben ist, das wird sicherlich sehr bald, so hoffen wir bestimmt, — jetzt, wo die Sozialdemokratie mit dem Inneintreten des auch hier ferndlich begrüßten „Sozialdemokrat“ den offenen Kampf gegen ihre Feinde wieder aufgenommen hat, und dann vollends wird Berlin nach wie vor in der Gesamtbewegung einen der ersten Plätze einnehmen!

—t. München, 20. Okt. Ein artiges Polizeistückchen ist jüngst einem Künstler, Herrn Hildt, passiert, der sich Studien halber in Paris aufhielt. Derselbe hatte nämlich einen Bruder in Wien, der als Sozialist bekannt ist, und an den er nicht nur öfters schrieb, sondern auch einmal Geld schickte. Das schien nun der wachsamem Polizei im höchsten Grade verdächtig. Einem schönen Tages ward unser Kunstler plötzlich von Hölzern aufgehoben, ins Polizeigefängniß gesetzt und nach 17 daseihst verlebten Tagen wegen Verbreitung verbotener Schriften hohnstöhnlich angeklagt. Von dem Gericht wurde er dann zwar in 1- und 2. Instanz freigesprochen, trotzdem aber (nach zwölfstündigem Aufenthalt im Staatsgefängniß) aus Bayern ausgewiesen. Da er sich indessen eines Lurechtes nicht bewußt war, so glaubte er, später nach München wieder zurückkehren zu dürfen, was er auch in so gutem Glauben that, daß er sich sogar bei der Polizei meldete. Diese faste die Rückkehr indessen als einen Hohn auf sich auf und sperrte Hildt abermals ein; nach einer Haft von 8 Tagen und nachdem er seine Verurtheilung wegen unerlaubter Rückkehr zu 6 Tagen abgesehen, wurde er von Neuem über die Grenze gebracht. Es ist mithin für einen Künstler heutzutage in Deutschland ganz gefährlich, einen Sozialisten zum Bruder zu haben.

D. Ns. Haag, 18. Okt. Die Arbeiterbewegung in Holland ist gegenwärtig im Stadium des Ueberganges zum Sozialismus begriffen. Ursprünglich auf Schulze-Deitlich'schem Boden entsprossen, wurde die Pflanze durch den Rathesozialismus mittelbar geföhrt und gefördert, um jetzt von sozialistischen Ideen getränkt und dadurch erst zu ihrer wahren Entfaltung gebracht zu werden. In allen Ländern, wie verschieden die Verhältnisse und Zustände auch sind, schwebt aber der Sozialismus in der Luft und keine Polizei noch Ausnahmengesetze können seine Entwicklung hemmen. Kann man nicht speziell in Betracht auf Deutschland allen Regierungen zurufen: los gehts von vous taout, so portont träs-bion?

Der Allgemeine Arbeiterverein will nicht sozialistisch und kann nicht sozialistisch sein. Darum müht er nicht. Die besten Kräfte sind im Lager der Sozialisten, und darum gehört auch die Zukunft dem Sozialdemokratischen Verein in Amsterdam. Durch öffentliche Versammlungen und durch Schriften wirkt er mit Eifer an der Propaganda der Sache. Uebrigens wirken Alle zusammen für das allgemeine direkte Wahlrecht, den Einkünfte jeder künftigen Reform. Aber in einem platonischen Staate wie Holland, wo der König Geld absolut herrscht, ohne Verfassung, und wo der Konstitutionalismus nur ein verkappter Absolutismus ist, finden solche Reformen eine kräftige Opposition. Doch werden sich die holländischen Sozialisten hiedurch keineswegs abhalten lassen, denn sie wissen, daß diese Reform die notwendige von allen ist, an der Alle mit vereinten Kräften wirken müssen.

J. Lj. Kopenhagen, 19. Okt. Die dänische Sozialdemokratie hat wieder einen Verlust erlitten, indem sich der Redakteur des „Sozialdemokrat“, S. B. Biegeell, um sich den zahlreichen, von der Regierung gegen ihn angehängten Verhören, resp. ganz unverhältnismäßig hohen „Strafen“ zu entziehen, nach Amerika flüchten mußte. Ein berühmter Genosse, H. Björnsrup, ist sein Nachfolger in der Redaktion.

Wie Sie vielleicht schon wissen, ist das lange geplante sozialistische Versammlungsbüchlein dieses Frühjahrs vollendet worden, so daß wir jetzt nicht mehr von den verschiedenen Vorkämpfern abhängig sind, sondern unter unserem eigenen Dach zusammenkommen können. Offenlich wird dieser Anstand dazu beitragen, der Bewegung einen neuen Schwung zu geben und die schwachen Seelen davon zu überzeugen, daß die Arbeiter trotz ihrer Armut etwas durchzuführen können, wenn Sie es nur recht ernstlich wollen und einträchtig zusammenwirken. Das neue Paas ist auf die anscheinliche Summe von 200,000 Kronen lauzt.

Unser hiesiger Freidenkerverein hat eine Sonntagsschule gegründet, in welcher die Kinder einen vernünftigen Unterricht bekommen, ohne mit Religion und Bourgeoisismoral geplagt zu werden.

Am 15. November wird ein verdienstvoller Vorkämpfer unserer Sache, Harald Briz, aus einer dreijährigen Gefängnißhaft entlassen, wahrscheinlich mit gerüttelter Gesundheit. Er war der erste Redakteur unseres Parteiorganes, als dieses im Jahre 1871 gegründet wurde, und hat von den acht Jahren, welche seit dem Anfang der Bewegung verfloßen sind, nicht weniger als sechs Jahre im Gefängniß zugebracht — Sozialistenlos!

Von dem Berräther Pio, welcher der dänischen Sozialdemokratie im Verein mit Geleff so schwere Wunden geschlagen, ist eine interessante Nachricht zu unserer Kenntniß gekommen. Derselbe ist nämlich jetzt fromm geworden und redigirt ein amerikanisches methodisches Blatt, in welches er sehr schöne und fromme Artikel schreibt und so, wie ein hiesiges Blatt neulich bemerkte, an das alte französische Sprichwort erinnert:

„Quand le diable devient vicaire Il se fait religieux.“

Er macht seinen Gönnern von der Bourgeoisie alle Ehre. Der dänische Reichstag ist am 6. ds. eröffnet worden. Die „vereinigte Linke“ — wie sich unsere Fortschrittspartei nennt — hat diesmal nur eine Zweidrittelmehrheit im Höllethier, während sie früher über drei Viertel der Stimmen verfügte. Dieser Rückgang ist allein der maßigen, schwächlichen Haltung der Partei zuzuschreiben, indem sie die Wähler durch ihre stete Rücksichtigkeit gegen die Regierung einerseits und durch die endlosen Bänkereien innerhalb der Partei (dieselbe ist nämlich in eine „gemäßigte“ und in eine „radikale“ Fraktion getheilt), wodurch alle nützlichen Reformfragen in den Hintergrund geschoben wurden, verdrückt machten, wodurch der vorher sehr niedergeschlagenen konservativen Partei wieder Muth eingegeben wurde, so daß diese bei den letzten Wahlen eine großartige Agitation

*) Wenn der Teufel alt wird, wird er erliglich. Ungefähr dem deutschen „Junge Thure“ alle Beschämern“ entspricht. Heute wie Pio und Geleff sind ja ebenfalls Produkte und zwar solche schlimmster Sorte.

entfaltete und ihren Gegnern eine Anzahl Siege abgewann. Indessen werden sich die Herren Bourgeois von der Opposition dadurch nicht würgen lassen, sondern in ihrer Schwäche fortfahren, und dadurch die Wähler mit der Zeit, wenn auch noch nicht morgen, noch zu der Einsicht bringen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige konsequente, charakterfesteste und wirklich reformatorische ist.

tz. Budapest, 20. Oktober. Sobald es dem „gemeinlichen Feind“, dem Sozialismus gilt, sind gewöhnlich nicht nur die jenseitigen Parteiunterschiede der herrschenden Klassen verwischt, sondern selbst die eingeheiltesten Passionen werden da schnell vergessen und die geliebtesten Siedenpferde eiligt in den Winkel gestellt. Man weiß ja, wie eiferfüchtig die hypernationalen Magyaren sonst auf die Unabhängigkeit und Macht Ungarns sind und besonders jede Gelegenheit benutzen, ja sie vom Jaun brechen, die Zukündigkeit der magyarischen Behörden selbst in den unbedeutendsten Fällen zu wahren und auszuwehnen. Neulich kam nun der hiesige Gerichtshof in die Lage, seine angegriffene Zuständigkeit in wirklich vollberechtigter Weise aufrecht zu erhalten. Am 10. ds. wurde nämlich auf Requisition des Agrarer Berichtes der deutsche Sozialist Friedr. L. Reusche wegen eines in der „Agrarier Presse“ erschienenen, angeblich „Kufraher“ predigenden Artikels darüber verhaftet. Reusche war nämlich hieher übergeführt, weil ihm die Agrarier Stadthauptmannschaft bedeutete hatte, daß, wenn die Agrarier Jury ihn diesmal auch freisprechen sollte (wie dies bereits öfter geschah), so werde sie ihn dennoch per Saub bis an die deutsche Grenze befördern, eine Coartatist, der sich Reusche um jeden Preis entziehen wollte, da er vor mehreren Jahren durch die deutschen Gerichte zu fünf Jahren Kerker verurtheilt wurde. Nach seiner Verhaftung durch die hiesige Polizei verlangte Reusche dem hiesigen Gerichtshof übergeben zu werden, und sein Verteidiger beantragte, der Requisition des kroatischen Gerichtes möge nicht Folge geleistet werden, da sein Klient die Wohlthaten des ungarischen Gesetzes in Anspruch nehmen, welches in Verhören keine Präventhaft kennt. Der ungarische Staatsanwalt am hiesigem Gerichtshof beantragte jedoch unerwarteter Weise und bloß, um einem Sozialisten eine „Rechtswohlthat“ zu verklämmern, daß R. ausgeliefert werden solle, welchem Antrag das holländische Gericht denn auch entsprach. Inzwischen gehen die Akten noch an das Justizministerium, da Reusche natürlich alle gesetzlich zulässigen Mittel zur Abwehr des gegen ihn geplanten Lurechtes anwendet. Ob es ihm viel nützen wird, ist trotz seines offensbaren Rechtes aber noch sehr fraglich, da für den Sozialisten die Gesetze zumeist eben nur dann existiren, wenn sie ihm schädlich, nicht aber, wenn sie ihm nützlich sind.

* Sorben, nach Schluß der Redaktion, erhalten wir noch folgenden wichtigen Bericht:

F. Berlin, 21. Oktober. Die hiesige Polizei arbeitet wieder mit Hochdruck. Den jüngsten Ausweisungen sind soeben wieder neun neue gefolgt. Anfangs glaubte man, dieselben seien anlässlich des Besuches erfolgt, den Hasenclever vor mehreren Wochen hiesigen Verwandten in Familienangelegenheiten gemacht. Dem ist aber nicht so. Die meisten der Ausgewiesenen haben mit Hasenclever gar nicht verkehrt. Auch Verletzungen des Sozialistengesetzes oder irgend eines anderen Gesetzes können den Grund nicht abgegeben haben, denn solche Verletzungen liegen nicht vor, und lägen sie vor, so würde die Polizei die Uebelthäter nicht ausgewiesen, sondern eingezogen haben. Eben so wenig kann der Zweck gewesen sein, die Berliner Genossen einzuschüchtern. Die Polizei weiß sehr genau, daß sie nach dieser Richtung hin machtlos ist. Das Motiv muß also ein anderes gewesen sein, und, wenn wir uns der Thatfache erinnern, daß der kleine Belagerungszustand bloß auf ein Jahr verhängt werden konnte, und daß dies Jahr in einigen Wochen rum ist, dann ist das Motiv mit Händen zu greifen. Die Polizei braucht Rechtfertigungsmaterial für die Verlängerung des Belagerungszustandes. Das ist Alles. Da gilt es denn, das Publikum zu alarmiren, den Kaiser zu ängstigen — wie nach den Attentaten — und die „öffentliche Meinung“ durch Vorpiegelung erlogener Gefahren dem fest beschlossenen Willkürakt geneigt zu stimmen. Die Ausweisungen sind nun der erste Akt dieser infamen Staatskomdie. Wir müssen uns auf Weiteres gefaßt machen. Unter der Arme von „Spitzen“, welche Fürst Bismard in majorem gloriam seiner herrlichen Schöpfung aufgehoben hat, befinden sich Subjekte, die jedes Schurkenstreichs fähig sind.

Von einer sehr deträfflichen und sehr wohl informirten Seite geht mir die Aufforderung zu, die Parteigenossen zur größten Vorsicht gegenüber nicht ganz genau bekannten Personen zu ermahnen; man hat in gewissen Kreisen beschlossen, in nächster Zeit um jeden Preis eine sozialdemokratische Verschwörung zu entdecken und wo möglich auch ein kleines Attentat zu insceniren. Der Mann, von dem diese Warnung kommt, zeigte sich vorigen Sommer bei mehreren kritischen Gelegenheiten auf's Genaueste von den Plänen der Polizei unterrichtet und er ist es auch jetzt. —

Unsere Polizei ist unzufrieden mit der Polizei in einigen andern „Nestern des Sozialismus“. Romentlich in Hamburg und Leipzig. Wie ich aus sicherster Quelle weiß, sind einige Dugend „Geheime“ von hier aus in die beiden genannten Städte beordert worden, mit der doppelten Mission, die dortige Polizei und die dortigen Sozialdemokraten zu überwachen. Man sehe den Herren, die meist an ihren konfizirten Gesichtern zu erkennen sind, auf die Finger und sei auf der Hut!

Im unterzeichneten Verlag erscheint demnächst:

Rechenschaftsbericht der socialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des
Jahres 1878—79.

Separatabdruck aus dem „Sozialdemokrat.“

Bestellungen auf dieses, für die Kenntniß der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktenstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar ausser beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat“, sowie bei der Schweizerischen Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich.

A. HERTER, Industriehalle, Riesbach-Zürich.

Schweizerische Vereinsbuchdruckerei, Hottingen-Zürich.